

Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Nazis in den Staatsapparat! Vor dem Hinauswurf der Landräte Kommunistische Mandate sollen kassiert werden

Im Ueberwachungsausschuß hat Herr von Schleicher erklärt, die Reichswehr werde selbstverständlich auch gegen die Nazis marschieren, wenn sie mit Gewalt an die Macht zu kommen versuchten!

Darüber große Beruhigung bei den verprügelten Republikanern und Demokraten. Auch der Belagerungszustand soll wieder aufgehoben werden; die Generale selbst kennen keinen sehnlicheren Wunsch, erklärt Herr Schleicher, als den, sich wieder auf den Kommiß zurückzuziehen. Der Terror wird den Nazis überlassen. Goebbels kündigt an: Was jetzt geschieht, ist nur das Säuseln des Sturmes, der da kommen soll. Die Polizeigewalt fordert neue Blutopfer, die Polizeiwilkkür kennt keine Hemmungen mehr!

Und gleichzeitig werden die Stellungen des Faschismus im Staatsapparat weiter ausgebaut. Herr Bracht hat dem „Preußischen Staatsministerium“ eine Vorlage unterbreitet, wonach der Beschluß des abgesetzten Preußenkabinetts, der die Zu-

gehörigkeit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei verbietet, aufgehoben wird, bestellte Naziversammlungen überall im Reiche hatten dazu die entsprechenden Forderungen erhoben.

Nach der Absetzung der republikanischen Oberbeamten geht die „Säuberungsaktion“ nach unten fort, Herr Bracht, so wird gemeldet, beschäftigt sich gegenwärtig bereits mit den weiteren unaufschiebbaren Personalveränderungen bei den Landräten. Wenn ein Berliner Blatt beruhigend gemeldet habe, der Herauswurf sei beendet, so gelte das nur für die „erste Prüfung“ der Reihe der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten. Jetzt kommen die Landräte dran. Herr Bracht hat zur Einleitung des Hinauswurfs Aufhebung der Immunität der Landräte H a u s m a n n beantragt, der es gewagt hat, in einer öffentlichen Versammlung die wilhelminische Armee zu kritisieren

Ueberwachungsausschuß und Reichsgerichtsentscheidung haben die Diktatur festgestellt. Von Papen und von Schleicher erhalten Anerkennung über Anerkennung, daß sie den „Ausbruch des Bürgerkrieges verhindert“ und „Ruhe und Ordnung gerettet“ haben — aber die sozialdemokratische Führung wiegelt weiter ab und verpricht Generalabrechnung am Wahltag.

Mittlerweile ist bereits ein ganz großer Schlag für das Verbot der Kommunistischen Partei, die Annullierung der kommunistischen Mandate in Vorbereitung...

Und wie antwortet die Kommunistische Partei?

Sie mißbraucht die antifaschistische Aktion zum Wahlrummel und setzt ihren Sektiererkurs, der zu immer weiterer Selbstisolierung führt, fort.

Arbeiter, erkennt die Gefahr!
Schließt die einheitliche Abwehrfront den Abwehrblock!

Die entscheidende Aufgabe Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter!

Von Maria Grollmuß.

Die Einreihung der sozialdemokratischen Arbeiter in die Klassenfront ist die zentrale Aufgabe der proletarischen Politik. Von ihrer Lösung hängt die Niederwerfung des Faschismus, der Wiederaufstieg der Arbeitermacht und das Schicksal der Klasse ab.

Das Problem der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter ist schwierig und verwickelt. Denn die sozialdemokratische Arbeitermasse zeigt ein Doppelgesicht. Klassenkämpferischer Wille und Bindung an die reformistische Kapitulationspolitik liegen nebeneinander. Die Kampfaktivität der Massen der Eisernen Front hat das Gefüge der SPD-Organisation nicht durchbrochen, hat die von der Tolerierungspolitik erschütterten Arbeiter nicht weggerissen von den Brüning- und Hindenburgpolitikern des Parteivorstandes. Sie hat vielmehr die Reihen der SPD enger zusammengeschweißt und die Abgleitenden zurückgeführt. Bei den Preußen- und Hessenwahlen kehrten bereits verlorene Wähler unter der aufrüttelnden Wirkung der Eisernen Front zur SPD zurück. Diese Kampfaktivität, die sich in der letzten Woche zum Einsatz von Blut und Leben steigerte, hat nicht verhindert, daß die Parole des Abwartens, der „Besonnenheit“, der Vertröstung auf den Stimmzettel, daß auch die Tolerierung des Staatsstreichts und der Militärdiktatur geschlossen und diszipliniert aufgenommen wurde.

Dieses Doppelgesicht der sozialdemokratischen Arbeitermasse erschwert die Stellung der revolutionären Arbeiterschaft zu den sozialdemokratischen Klassengenossen. Diese widersprechenden Züge im Gesicht der sozialdemokratischen Massen spiegeln sich in der widerspruchsvollen Haltung, die das revolutionäre Arbeiterlager der sozialdemokratischen Arbeitern entgegenbringt. Auch hier ist ein Nebeneinander der spontanen Kameradschaft und des politischen Mißtrauens und Mißverstehens.

Es herrscht unter den revolutionären Arbeitern der KPD und oft auch der SAP keine Klarheit über die sozialdemokratischen Arbeiter und die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Gewinnung.

Klarheit tut not, wenn es sich um die entscheidende Aufgabe der proletarischen Politik

handelt. Wir müssen uns eine klare Antwort auf die Frage geben: Was bindet die sozialdemokratischen Arbeiter trotz elementaren Klassenbewußtseins und Kampfeswillens an die reformistische Politik?

Die billige Erklärung einer „materiellen Abhängigkeit“ der sozialdemokratischen Arbeiter vom Parteiapparat versagt. Die mißtrauische Resignation, die nur eine „indifferente“, durch Angst und Bestechung gebundene SPD-Arbeiterschaft sah, wird widerlegt durch eine einfache Tatsache. Es ist dem SPD-Apparat trotz offenen Klassenverrats geblüht, Hunderttausende von Arbeitermitgliedern und -anhängern für sich zu gewinnen, nicht weil er ihnen etwas gegeben, sondern weil er von ihnen etwas gefordert hat. Unschämbare, unermüdete und nicht immer ungeführliche Kleinarbeit. Nicht Berechnung und Egoismus, nein, proletarische Opferkraft und Klassenolidarität sind die Wurzeln, denen die Anhänglichkeit der sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Partei entspringt.

Darum muß die These von der „materiellen Abhängigkeit“ der SPD-Arbeiter, die eine

Vor dem Verbot der KPD

Ueber die Absichten des Junkerkabinetts entwickelt der französische Journalist Jules Sauerwein, gestützt auf gute Informationen „aus autorisierten Kreisen“, folgende Perspektiven:

„Die Regierung von Papen will Deutschland aus dem revolutionären Zustand, in dem es sich zurzeit befindet, herausführen. Die Wahlen, die am 31. Juli stattfinden, werden aller Voraussicht nach keine Majorität der Rechten ergeben, die sich einem starken Linksblock gegenübersehen wird. Die Kommunisten werden wie im Preußenparlament das Zünglein an der Waage sein.

Daher will von Papen und sein Kabinett nach den Wahlen die Kommunistische Partei auflösen, um so der Rechten eine Mehrheit im Reichstag wie im preußischen Landtag zu verschaffen; aus beiden sollen dann die kommunistischen Abgeordneten ausgewiesen werden.

Wenn man nicht schon jetzt vor den Wahlen zur Auflösung der Kommunistischen Partei geschritten ist, so nur deshalb, weil man davon einen Stimmzuwachs der Sozialdemokraten fürchtete. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei will sich Herr von Papen dem Zentrum nähern und es durch Konzessionen zur Mitarbeit zu gewinnen suchen. Das Kabinett, das im hohen Grade unter dem Einfluß der Großindustriellen steht, wird der deutschen Arbeiterschaft schwere Opfer auferlegen.“

Hinsichtlich des Verhältnisses zu den Nazis sagt Sauerwein voraus, daß die Papen-Regierung diesen einige Konzessionen machen werde, um sich auf diese Weise ihrer Unterstützung zu vergewissern. Hitler habe bereits entsprechende Zusagen gemacht.

Diese von Sauerwein gegebene Perspektive hat alle Wahrscheinlichkeit für sich. Sie zeigt deutlich, wie albern die Erwartungen der Eisernen Front sind, daß der 31. Juli eine Korrektur der angemessenen Macht bringen werde. Erbringen die Wahlen keine Mehrheit für die Papen-Schleicher, dann werden sie

den Reichstag nach ihren Bedürfnissen korrigieren. Es gilt, diese Entwicklung klar ins Auge zu fassen und die sich daraus ergebenden Folgerungen zu ziehen. Ueber diese selber kann kein Zweifel bestehen: indem die Papen und Schleicher die parlamentarische Korrektur der von ihnen angemessenen politischen Gewalten unmöglich machen, verweisen sie die Arbeiterklasse auf die außerparlamentarische Korrektur als den einzigen Weg, den „schweren Opfern“, die ihr nach dem Eingeständnis Sauerweins drohen, zu entgehen.

Die Verbotshetze gegen die KPD

Darmstadt, 25. Juli.

CNB. Die Gauleitung der hessischen NSDAP will ein geheimes Rundschreiben des hessischen Landeskriminalamtes über den Roten Frontkämpferbund vom 27. Oktober 1931 kennen, das sie heute veröffentlicht. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.: Von dem verbotenen Rotfrontkämpferbund werden in letzter Zeit energische Versuche unternommen, die illegale Organisation zu beleben und neu aufzubauen. Nach einem vertraulichen Bericht über eine Anfang September 1931 in Braunschweig (Klaggestalt) schon faul! Die Red.) abgehaltene Gaukonferenz gelte es, den RFB und die Jungfront nunmehr auf den „akut revolutionären Kurs“ einzustellen, also alle Maßnahmen zu treffen, die für den bewaffneten Aufstand erforderlich seien. Für die Terrorgruppen müßten junge unverheiratete Leute gewonnen werden, da diese unabhängiger und auch zuverlässiger seien. . . .

Der „akut revolutionäre Kurs“ kennzeichnet dieses Material genügend als Fälschung. Dieser Begriff kommt im Sprachschatz der KPD nicht vor, obgleich ihr Lexikon sonst über genügend unsinnige Formeln verfügt. Die Nazi-„enthüllungen“ — es handelt sich noch um angebliches RFB-Material aus dem Rheinland, zu „Sabotageakten gegen die Reichswehr etc.“ — tragen zu deutlich den Stempel der fantastischen Lügenfabrik für die Verbotshetze gegen die KPD.

KPD.-Abgeordneter verhaftet

Küstrin, 25. Juli.

CNB. Der der KPD angehörende brandenburgische Provinziallandtagsabgeordnete und Stadtverordnete von Neudamm, Paul Hennig, wurde mit drei anderen Kommunisten von der Polizei dabei überrascht, als er Flugblätter verteilte, die zum Generalstreik aufforderten. Alle vier wurden festgenommen.

Verbot des „Braunschweiger Volksfreundes“ bestätigt

Braunschweig, 25. Juli.

Das Reichsgericht hat die Beschwerde des sozialdemokratischen „Volksfreundes“ gegen das am 19. Juli durch den braunschweigischen Naziminister bis zum 6. August ausgesprochene Verbot dieser Zeitung sowie ihrer drei Kopfbücher abgewiesen mit der Maßgabe, daß die Verbotszeit mit Dienstag, dem 26. Juli, abläuft.

Reichsbanner-geschäftsführer verhaftet!

WTB. Zwickau, 25. Juli.

Wegen Waffenvergehens wurde am Sonntag der Geschäftsführer des Reichsbanners in Zwickau festgenommen. Nach einer Mitteilung der Zwickauer Polizeidirektion hatte er mit einem Mitglied des Reichsbanners in Reichenbach i. V. am Sonnabend bei Tageseinbruch eine Autofahrt nach Thüringen unternommen. Beide hatten auf einem Kraftwagen 10 Pistolen und 500 Schuß Munition befördert; diese wurden beschlagnahmt. Gegen den Fahrteilnehmer in Reichenbach ist bereits Haftbefehl erlassen worden.

Freiheitsbringer!

Der Belagerungszustand ist spehen für Berlin und Brandenburg aufgehoben worden; Herr Bracht, der preussische Minister des Innern, hat weiter an die Landespolizeibehörden einen Erlaß gerichtet, die polizeimäßige Betätigung der Staatsbürger nicht zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlfreiheit nicht zu beeinträchtigen. Unparteiisch, aber gerecht und nicht schikanös seien die Einschränkungen zu handhaben.

Zwei neue Siege der Papendiktatur

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf . . .

„Mit dem Wesen des Staatsgerichtshofes unvereinbar“

Unklarheit und Mißtrauen gehören Verlegungsprodukten endlich aus unseren Reihen verschwinden. Wir stellen ihr eine andere These entgegen, die aus der Einsicht in die Tatsachen, aus dem Vertrauen zu den Klassen-genossen stammt: die These von der politischen Bindung der sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Partei.

Wir glauben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter der Politik der SPD folgen, nicht weil sie korrupt oder verunglückt, sondern — weil sie Sozialdemokraten sind. Sie folgen nicht den Konsequenzen des Reformismus ab, sie bannen sich auf gegen Lohnraub und Beschäftigtenentzug, aber sie haben den Reformismus als System noch nicht durchschaut, nicht überwunden. Die reformistische Ideologie lebt noch in ihnen weiter, obwohl sie den praktischen Zusammenbruch der reformistischen Politik täglich sehen und spüren. Sie halten alle noch an einem sozialdemokratischen Grundatz fest: am grundlegenden Satz des Reformismus von der Parallelität des Aufstiegs der Arbeiterbewegung mit der Konjunktur. Und darum, nicht um irgendwelcher Pöstchen und Schikanes willen haben sie Angst, die reformistische Angst, in der Krise zu kämpfen. Der sozialdemokratische Parteiordner unter der roten Fahne der Klasse, der sozialdemokratische Minister Severing unter der schwarz-rot-goldenen Fahne der Weimarer Demokratie, sie sind in vielem, in fast allem verschieden. Aber in einem sind sie einig: Sie glauben beide nicht, daß die Arbeiterschaft in der Krise kämpfen kann. Und diese grundsätzliche Übereinstimmung führt die sozialdemokratischen Arbeiter, ihrem Klasseninstinkt zum Trotz, immer wieder ins Schlepptau der reformistischen Politik. Sie hat auch jetzt wieder dazu geführt, daß die kampfbegeisterten Massen der Eisernen Front der sozialdemokratischen Parole der abwartenden Duldung des Papen-Staatsstreiks und der Schleicher-Diktatur gefolgt sind.

Die politische Verbundenheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrer Partei kann politisch überwunden werden. Wir müssen sie überwinden, indem wir den sozialdemokratischen Arbeitern beim Bruch mit dem Reformismus helfen. Das aber bedeutet: Wir müssen die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampf in der Krise führen, das aber ist nicht möglich durch bloße Agitation und Propaganda, sondern nur durch die Aktion. Eine Politik der proletarischen Aktion gegen Belagerungszustand und Reichskommissar, gegen Lohnraub, Tarifbruch und Arbeitsdienst, die die sozialdemokratischen Arbeiter in den Kampf in der Krise hineinreißt, setzt das verwurzelte reformistische Vorurteil von der Unmöglichkeit des Kampfes in der Krise durch die Tatsachen außer Kraft. Eine Politik der Aktion — und eine Politik der Aktion allein — leitet die sozialdemokratischen Arbeiter vom Boden des Reformismus auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes hinüber. Darum ist es unsere Aufgabe, überall den Arbeiterblock für ganz bestimmte futuristische Aufgaben zu schaffen, überall die Gewerkschaften, die aktionsfähigsten Klassenorganisationen, zu mobilisieren, überall die Verbindung des politischen und des wirtschaftlichen Kampfes herzustellen.

Die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter durch den Kampf und im Kampf entscheidet nicht nur das Schicksal der Klasse, sie entscheidet auch das Schicksal unserer Partei. Mit der Lösung dieser Aufgabe steht und fällt sie. Sie ist um dieser Aufgabe willen gegründet worden. Sie hat ihr Gesicht gewonnen durch den Widerstand gegen die ultralinke Politik des Mißtrauens und der Verzweiflung, durch die Proklamierung des Vertrauens zu den sozialdemokratischen Klassen Genossen. Diese Linie, die ihren stärksten und schärfsten Ausdruck fand, in den Parteitagsreden der Genossen Seydewitz und Walcher, die sich durch die ganze Massenarbeit unserer Partei hindurchzieht, darf nicht im kritischsten und entscheidendsten Augenblick versacken. Nein, sie muß in der Stunde der Gefahr mit hundertfacher Kraft durchgesetzt werden. Denn die Stunde der Gefahr ist die Stunde der Bewährung. Heute, wo die sozialdemokratischen Arbeiter scheinbar versagten, wo der Glaube an ihre Kampfbereitschaft sich scheinbar als Illusion erwies, gilt es hinter dem trügerischen Schein die harten und doch verheißungsvollen Tatsachen zu sehen. Es gilt, den Zwiespalt zwischen dem elementaren Klassenbewußtsein und der traditionellen reformistischen Ideologie in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu sehen, und diesen lähmenden Zwiespalt durch die Einreihung der sozialdemokratischen Genossen in die kämpfende Klassenfront zu überwinden.

Kumpels fordern Sozialisierung stillgelegter Bergwerke

Kattowitz, 25. Juli.

Ein Betriebsrätekonferenz der Bergbauarbeiter, der von etwa 250 Delegierten besetzt war, forderte in einer Entschließung die Sozialisierung der zuletzt stillgelegten großen Bergwerke. Weiter nahm die Konferenz gegen die Haltung des Demobilisierungskommissars in Fragen von Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen Stellung. Der Kommissar hätte die Interessen der Arbeiterschaft nur oberflächlich vertreten. Ferner forderte die Konferenz, daß die Kommission, die nach Einreichung von Stilllegungsanträgen der Bergwerke zur Prüfung berufen wird, auch von Vertretern des zuständigen Betriebsrates besetzt werden soll.

Das Urteil des reaktionären Gerichts, das Oberster Deutscher Staatsgerichtshof heißt, mit dem die preußischen Helden abgewiesen und die Diktatur gestützt wird, erhält eine ellenlange Begründung. Ihr Kernstück lautet: der Preußenrat läuft darauf hinaus, „die Anordnungen, die am 20. Juli getroffen worden sind, in ihren wesentlichsten Teilen zu lähmern; er ruft darauf hinaus, daß der Reichskommissar sich jeder Tätigkeit enthalten soll“ (Sicher, was denn sonst!). „Einem soweit gefaßten Antrag aber anzunehmen“, sagt der Staatsgerichtshof, „würde gleichbedeutend mit der Entscheidung in der Hauptsache sein, daß die Verordnung des Reichspräsidenten ohne Kraft sei. Das sei mit dem Wesen einer einseitigen Verfügung des Staatsgerichtshofes unvereinbar.“ Vereinbar dagegen ist natürlich eine „Entscheidung in der Hauptsache“ für das Gegenteil, nämlich dafür, daß die Gewalt der Konterrevolution zu Recht besteht. Das ist mit dem Wesen einer einseitigen Verfügung des Staatsgerichtshofes selbstverständlich vereinbar und nur das!

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf und weil sein muß, was die Machthaber sich herausnehmen!

Auch nachdem die Komödie ausgespielt ist, trösten sich republikanische und sozialdemokratische Helden damit, daß hier nur ein — „Vorgeficht“ entschieden worden sei. Zwar das „Staats- und Rechtsgefühl“ ist gekränkt, der „Schwebzustand“ beunruhigt, aber noch steht das Hauptgeficht aus, erzählen sie den Dummen, die nicht alle werden. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Leipzig war nur ein Nachgeficht, nur eine nachträgliche Spiegelteiler. Am klarsten sagt die „Kölnische Zeitung“, was weiter kommt: „das Hauptgeficht würde womöglich wegen mangelnder Zuständigkeit überhaupt nicht geliefert werden.“ Die Spiegelteiler hat jetzt ein Ende. Papen hat seine höchsttrichterliche Legitimation — denn er hat längst das Hauptgeficht gewonnen, als die Preußenhelden „der Gewalt gewichen sind“.

Alle Notverordnungen aufgehoben aber nur auf dem Papier des Überwachungsausschusses

Dagegen hat es im Überwachungsausschuss die Demokratie den Diktatoren mal gezeigt. Herr von Papen erschien dort wie angekündigt mit dem General Schleicher, dem Innenminister und „mit ihnen ein großer Stab von Ministerialbeamten, Fachreferenten der Ministerien, auch der Reichsrat war zahlreich vertreten“ — ein großer Tag und ein bösenmutiger Kampf. Es hat aber dem Herrn von Papen nichts genützt, nach gewaltigen Reden von Rudi Breitscheid und anderen Kämpfern wurden Anträge angenommen, daß die Notverordnungen außer Kraft zu setzen und aufzuheben seien. Desgleichen ein kommunistischer Antrag, daß alle

Einschränkungen der Wahlfreiheit sofort aufzuheben seien, desgleichen ein Antrag für ein allgemeines Verbot der Parteieninflation, ein Antrag für die Aufhebung der Hungernotverordnungen usw.!!

Was davon zu halten ist, erklärte ruhig Herr von Geyl, der Innenminister. Zwischen zwei Wahlperioden habe der Ausschuss wohl die Rechte der Wahrung der Volkvertretung gegenüber der Reichsregierung, aber nicht etwa die — Wahrnehmung dieser Rechte! „Ein Anteil an der vollziehenden Gewalt steht ihm nicht zu, ebensowenig eine Aufsicht über die Reichsregierung, letztere ist ihm nicht verantwortlich!“

Herr von Papen tat ein übriges und versprach „selbstverständlich die vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Anträge einer „sorgfältigen Prüfung“ zu unterziehen und „zu gegebener Zeit“ nähere Auskünfte darüber zu geben. Herr v. Schleicher verspricht durch Zwischenschaltung, selbstverständlich auch gegen die Nazis vorzugehen, wenn sie sich „eines Tages mit Gewalt in den Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten.“

Niemand bedauerte so sehr wie der General von Rundstedt den Apokalypsezustand. Er habe bereits den Wunsch geäußert, ihn wieder aufzuheben . . .

Wer noch bezweifelt, daß die treuesten Hüter der Verfassung in der Reichsregierung sitzen, wer etwa der Meinung wäre, daß es sich hier um die abgefeimtesten Bonapartisten handelt, die die Weltgeschichte kennt, der irrt natürlich.

Es irrt auch, wer den Kampfesmut der parlamentarischen SPD- und Zentrumsführer unterschätzt. Sie greifen haben sie ihre Trutzbeschlüsse gegen die Diktatur gefaßt, ihre Presse wird sie in größter Aufmachung veröffentlicht, alle Rechte sind gewahrt, die Demokratie ist gerettet — auf dem geächteten Papier des Überwachungsausschusses!

Betrogene Betrüger — betrügen weiter!

Der SPD-Präsident veröffentlicht einen geharnichten Artikel „Macht vor Recht“ zur Leipziger Entscheidung. „Es soll Optimismus gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwarten, die geglaubt haben, daß der Staatsgerichtshof im Wege der Verfügung wenigstens gewisse Dinge, die unhaltbar sind, regeln werde.“ Diese Optimisten hat es wirklich gegeben! Es sind die Spitzen der SPD! Wie hieß es doch im Aufruf der Gewerkschaftsspitzen zur Besonnenheit: „Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden; der Staatsgerichtshof ist angerufen!“ Vorgestern haben also die Optimisten mit dem Hinweis auf die ausstehende Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Abwehr verhindert und heute verhöhnen sie die, die dem verhängnisvollen Rat gefolgt sind und spotten ihrer selbst.

Briefchen . . .

Die abgesetzten Preußen-Minister entwickeln eine lebhaft aktive Tätigkeit. Sie schreiben jetzt Briefchen. Leipzig habe ihnen bitter Unrecht getan. Alle hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechtes, die Professoren Anschütz, Gees, Heller, Peters, Rosenhöcher und Waldecker hätten gleichfalls ausgesprochen, daß — eine Verfassungsverletzung vorliege. Sie seien zurzeit an der Ausübung ihrer Dienstgeschäfte verhindert, betrachten es aber als ihre Pflicht, jegliches Unrecht nach Kräften von den Beamten abzuwenden. . . .

Das wird die neuen Machthaber aber tief erschüttern!

Nazibluttat in Köln

WTB, Köln, 26. Juli.

Heute früh gegen 1.30 Uhr, ereignete sich auf dem Neumarkt in Köln eine neue Nazibluttat. Acht junge Leute, die zum Teil parteilos waren, und sich über politische Tagesfragen unterhielten, wurden plötzlich von Nationalsozialisten, die sich in braunen Hosen befanden, unvermittelt angegriffen. Nach kurzem Wortwechsel fiel plötzlich ein Schuß, dem ein junger parteiloser Mann zum Opfer fiel. Der Verunglückte wurde sterbend in das Bürgerhospital eingeliefert, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlag. Der Tat dringend verdächtig ist der aus der Schlägerei im Kölner Datschhaus bekannte Nationalsozialist „Fuchs“, der kurz nach der Tat auf der Flucht zu dem Kölner Braunen Haus, das unweit von dem Schauplatz liegt, verhaftet wurde. Das Überfallkommando nahm auch die übrigen Beteiligten fest. (Welche übrigens, die Überfallenen oder das Nationalkommando? Die Red.).

. . . und in Düsseldorf

WTB, Düsseldorf, 26. Juli.

Wie die Polizeipressestelle mittelt, kam es in den Abendstunden des Montags an verschiedenen Stellen der Stadt zu „Zusammenstoßen politischer Gegner rechts- und linksradikaler Gruppen.“ Bei einem Zusammenstoß „fiel ein Schuß.“ Polizeibeamte verhafteten mehrere Beteiligte und stellten einen Nationalsozialisten, der mit einer Schusswaffe getroffen wurde und verächtlich ist, geschossen zu haben, fest.

Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der Eisernen Front wurden drei Nazi und ein Angehöriger der Eisernen Front durch Messerstücke leicht verletzt. Auch hier „fiel ein Schuß!“ Der Schütze konnte aber nicht ermittelt werden.

Immer wieder Polizeiterror in Berlin

Arbeiterfrau am Fenster abgeschossen

Nach einem ZNB-Bericht kam es Montag abend zu stärkeren Kundgebungen der Kommunisten in Berlin. In verschiedenen Stellen der Stadt fanden gleichzeitig Demonstrationen statt. Etwa 1000 Kommunisten sollen nach dem Bericht im Norden demonstriert haben und an der Straßenkreuzung der Stargarder Straße von Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben worden sein. Die Polizei schoss auch in die Demonstrationen. Ein Arbeiter erhielt einen Brustschuß.

Ähnliche Demonstrationen werden auch aus anderen Bezirken gemeldet. Wie aus dem Bericht hervorgeht, kam es auch zu antinationalsozialistischen Kundgebungen dabei. Die Nationalsozialisten wurden zum Teil von den Demonstranten gebührend zurechtgewiesen.

Vor einem Hause in der Neunynstraße sammelten sich Arbeiter, nach dem Polizeibericht angeblich, um eine provozierende Hakenkreuzfahne zu besetzen. Die Schupo versuchte sie auseinanderzutreiben und behauptete, aus den Häusern der Umgebung beschossen und beworfen worden zu sein. Die Polizei unternahm daraufhin einen Feuerüberfall und schoß wild in die Demonstranten und die Häuser hinein. Die 33jährige Frau Anna Landwehr wurde dabei in ihrer Wohnung erschossen. — Wenn Nazis Gewerkschaftshäuser, Volkshäuser oder Arbeiterwohnungen stürmen, hat die Polizei noch nie gegen sie das Feuer eröffnet.

Brennende Litfass-Stulen

An verschiedenen Stellen der Stadt Berlin wurden acht Litfass-Stulen in Brand gesteckt.

Die Polizei hat gestern das Karl-Liebknecht-Haus neuerrichtete besetzt und von oben bis unten durchsucht, um dann die Besetzung wieder aufzuheben. Vorwand diente eine angebliche Entwendung von kommunistischen Flugblättern aus der polizeilich gesperrten City-Druckerei im Karl-Liebknecht-Haus. Dort sei eingebrochen worden. In Wirklichkeit fand die Razzia statt, um für das geplante KPD-Verbot neues Material herbeizuschaffen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Henning wurde bei der Verteilung von Flugblättern, die zum Streik aufriefen, verhaftet.

Gelindes Säuseln des kommenden Sturmes

Eine neue Terrorwelle kündigt der freche Schwätzer Goebbel an einer Kundgebung der Nazis in Hannover an, die Diktaturmaßnahmen Papens seien zu begrüßen, aber nur als gelindes Säuseln des Sturmes, der da kommen soll. Mit Sonderflugzeug — der Ruhm des Oberseei flüht den Goebbel nicht ruhen — erachten — in Augsburg und

erklärte dort, wie man mit den Bonzen der Sozialdemokratie in Preußen fertig geworden sei, so werde man in Bayern mit den Bonzen der Bayerischen Volkspartei fertig werden . . .

Und die Abwehrfront? Hier einige Beispiele von ihren „eisernen“ Spitzen:

Severing, der in der Umgebung von Bielefeld sprach, ging überhaupt nicht auf die letzten Ereignisse ein und erklärte nicht Hitler oder Hugenberg, sondern den Unverständnis der Massen zum Hauptfeind.

Herr Wirth, der für seine feierlichen politischen Schwüre, die er niemals hält, bekannt ist, wiederholte in Köln die Losung von Wels: lieber tot, als (Nazijunkel) (er wird noch mit sich reden lassen!).

Herr Hilferding versprach in Düsseldorf, daß aus den „Ansätzen zum Staatssozialismus“, die in der Krise gemacht worden seien, die Eiserne Front das demokratische-sozialistische Wirtschaftssystem schaffen würde!

Brüning in Dortmund: Ich gehe durch das Land, um trotz allem für die Autorität des Herrn Reichskanzlers zu kämpfen, wenn es notwendig ist, vor Übergriffen zu warnen.

Das sind so einige Gegenredner der Nazis, die heute noch entscheidende Teile der antifaschistischen Front zur Kampfunfähigkeit führen.

Berlin

Rose-Theater
 Süd-Frankfurter Str. 132
 Telefon: 17 Weibul 3477
 Mittwoch, den 27. Juli
 8.30 Uhr

Der Vulkan

Orchestrale
 8.30 Uhr
 Konzert und Variété
 8.15 Uhr
 mit dem kleinen Mädel

HAUS VATERLAND
 Kapellmeister
Restaurat
 BERLIN
 KAMPINSKI

Planitz

Einkochgläser „Utla“

1/2	3/4	1 Liter
0,28	0,38	0,48

Einkochapparate Zink 4,50, Ia Emaille 8,50
 Fruchtpressen 0,—

Heinrich Fleiner

Uhlmanns

Federkissenmatratzen
 sind richtig!

Paul Hoch

Fachgeschäft für moderne Optik
Planitz - N. Planitz - O.
 Innere Zwickauer Str. 51 Aeuß. Zwickauer Str. 66
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Wilkau

30 Sekunden vor zwölf!
 Kann der Faschismus noch geschlagen werden?
 Hierüber spricht in einer
Öffentlich. Wahlversammlung
 der **Genosse Paul Frölich**,
 Berlin, Reichstagskandidat, am
Donnerstag, 20. Juli, Einl. 19 Uhr, im
Schützenhaus Wilkau
 Proletarier erscheint in Massen!

Besucht das
„Proleton“
 Arbeiter-Sport-Kartell

**ORGANISATIONEN
 NACHRICHTEN**

SAP
 Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat Breslau, Kleine Holzstraße 1, Telefon 567 68.

Abt. Strehleener Tor
 Heute Dienstag, den 26. Juli, 20 Uhr, Abteilungsversammlung im Heim Merkelstraße

Abt. Zimpelsblechhofwälder
 Heute beteiligen sich alle Genossinnen und Genossen an unserer öffentlichen Versammlung in Casallen im „goldenen Stern“.
 Morgen Mittwoch müssen alle Genossen in unserer öffentlichen Versammlung bei Wittke erscheinen. Es spricht Genosse August Reimann.
 Donnerstag, 18. Juli, müssen sich alle Radfahrer an wichtiger Agitationsarbeit beteiligen. Treffen an bekannter Stelle.

Distrikt 10/26, Innere Stadt Mittwoch, den 27. Juli, Distriktsversammlung im Partibüro.

Distrikt 46, Carlowitz Mittwoch, den 27. Juli, 20 Uhr, bei Krause, Mitgliederversammlung. Referat anwesend. (Nicht wie gestern gemeldet am Dienstag.)

Distrikt 44 Mittwoch, den 27. Juli, Distriktsversammlung.

Proletarische Kulturgemeinschaft Montag, 19.30 Uhr, wichtig Besprechung über die Morgenfeier. Alles hat zur Stelle zu sein.

15/2 Sekretariat: Kl. Holzstr. 1
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 10—20 Uhr

Heim 2, Marktstraße 11:
 Dienstag, 20 Uhr, Unterhaltung auf Schallplatten.
 Freitag, 20 Uhr, Tagespolitische Rundschau
 Ref.: Gen. Goldschmidt

Heim 3, Mehlgraben 30:
 Mittwoch, 20 Uhr, Was ist Inflation?
 Ref.: Gen. Kabisch
 Donnerstag, 20 Uhr, Literarischer Abend
 Leitung: Genosse Warkus

Heim 4, Seydlitzstraße 11:
 Mittwoch, 20 Uhr, Kommunistisches Manifest
 „Proletarier und Kommunisten“
 Ref.: Gen. Kühnberg
 Donnerstag, 20 Uhr, „Unfallfahrplan“, ein Filmstreifen. Ref.: Gen. Seydlitz
 Sonntag, 20 Uhr, Auftreten der Heimspieltruppe „Rote Rufe“ unter Leitung von Rolle.

Heim 5, Friedr. Wilhelm-Str. 48:
 Mittwoch, 20 Uhr, 10 Minuten-Referate.
 Donnerstag, 20 Uhr, Wer sind unsere Gegner?
 Ref.: Gen. Ollendorff

Heim 6, Pöpelwitzstraße 18, bei Hoffmann:
 Dienstag, 20 Uhr: Treffen am Biberplatz zu den Aufspielen.
 Donnerstag, 20 Uhr: Unterhaltungsabend.

Heim 7, Marktstraße 3:
 Mittwoch, 19 Uhr: Außenspiele.
 Freitag, 20 Uhr: Politischer Ausspracheabend.

Heim 8, Hirschstraße 79:
 Mittwoch, 20 Uhr: 10 Minuten-Referate.

Proletarierjugend Breslau, Gruppe 50 d + Ost:
 Achtung! Heute 19.30 Uhr, im Heim Teufelstraße 84, wird ein interessanter Abend ausgestellt. Gäste willkommen.

Monistische Jugend (Zentral) Grünstraße 14/16:
 Heute 19.30 Uhr ist alles im Heim. Sehr wichtige tagespolitische Rundschau. Genosse Niedrask referiert. Achtung, Mitglieder und a.l. Gruppenleiter. Freitag Mitgliederversammlung. Besonders von Letztgenannten darf keiner fehlen.

Rote Wappen: Mittwoch, 18.30 Uhr, in der Monistischen Gemeinde zur Ausgestaltung der Frauenkondition. Alles hat pünktlich zur Stelle zu sein.

Gewerkschaftsnachrichten
 Achtung, Metallarbeiter! Mittwoch, 15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Erwerbslosenversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inverte Herbert Scholia, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG Breslau, Neue Graupenstr. 7

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 1 | Trepp. Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 auszüglich RM. 1,90 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 1 | Trepp. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gehmert Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postfachschloß Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

500 Menschen
 Die prominentesten Artisten aller fünf Erdteile

Exotische Völkerschau
 In jeder Vorstellung **40** Sensations-Nummern

300 Tiere
 aus allen Erdteilen
150 edelste Rassepferde

STRASSBURGER
 mit seiner großartigen Schau herrlichster Circuswunder, die erst jetzt 12 Wochen lang das Tagesgespräch Berlins war
Eröffnungsvorstellung: Donnerstag, 28. Juli
DRESLAU, Platz an der Jahrhunderthalle

Ab Freitag, 20. cr. täglich zweimal, nachm. 5.30 Uhr und abends 8 Uhr	Trotz der schweren Wirtschaftslage, trotz gewaltiger Unkosten kein Personalabbau, aber wirklich billige Eintrittspreise!	Nachm. 5.30 Uhr Erwachsene u. Kinder auf allen Plätzen nur halbe Preise
Nur eine Manege mit einer Riesch-Olympia-Rennbahn	Nachmitt. 5.30 Uhr von 40 Pfg. bis 1.40 Abends 8 Uhr von 80 Pfg. bis 2.80	Auch in dem Nachmittags-Vorstellungsdarum vollwertiges Abendprogramm
Direkt: Verkehrs-Büro Barock, am Ring, Tel. 32641 u. tägl. von 10 Uhr vormitt. an ununterbrochen an all. Circuskassen, Tel. 46616	Tierschau geöffnet ab Freitag, 20. cr. täglich von 10—1/3 Uhr, Erwachsene 50 Pfg., Kind. u. Erwerbslose 25 Pfg. Täglich vermittelte Promen.-Mauter	Kriegsbeschädigte, Kleinrentner u. Erwerbslose ged. Ausweis zu all. Abend-Vorstellungen auf Sitzplätze nur halbe Preise
Fahrradstand im Circus	Zu u. nach all. Vorstell. Sonder-Straßenbahn. Sonder-Omnibusse	Parkplatz im Circus

Achtung! Arbeitslose Metallarbeiter!
 Mittwoch, den 27. Juli 1932, nachmittags 3 Uhr
 Gewerkschaftshaus Großer Saal
Protestversammlung gegen Faschismus, Lohn- und Unterstützungsraub
 Referent: Kollege Ziegler
 Ohne Mitgliedsbuch und Nummernkarte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Wieder hat der Tod ein junges Proletarierkind, die Falkenogenossin
Helga Pohland
 im Alter von 8 Jahren, aus Abt. 3, aus ihren Reihen gerissen.
 Sie war uns eine liebe Jungkämpferin und werden wir sie immer im besten Andenken behalten.
 Die Beerdigung hat bereits am Sonnabend stattgefunden.
 Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Werbt für die SAZ

KABA
 das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
 jetzt billiger:
 Das Paket 30 u. 60 Pfg. zu haben bei:
Wilhelm Kupczyk
 Schloßwerderstraße 51
 Kolonialwaren Lebensmittel

Wo decke ich meinen Bedarf?

WESTEN

Restaurations Traugott Riefe
 Westendstraße 64
 Treffpunkt aller Genossen
 Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

Maßschneidererei
 Kürschnererei und Pelzpflege
 Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
 Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etlg. — Tel. 252 21

Fleischermeister Max Latner
 Posenerstraße 23
 Stets in Qualität — Niedrigste Preise

Paul Frühauß
Kolonialwaren usw.
 Bergstraße 22

Kolonialwaren Karl Bothur
 Posener Straße 13 Tel. 27307

Genossen! Fahrräder - Motorräder
 bei Karl Borst Jun., Steingauer Straße 12a.

Obst - Gemüse - Kolonialwaren
 Erich Völkel Bergstraße 30

COFFEIN FREE KAFFEE

Stets frisch zu haben bei:
Wilhelm Wollny
 Friedrich-Karl-Straße 34
 Ecke Westendstraße
Kolonialwaren Kaffeerösterei

Eis-Vater
 Breslau, Posener Straße 34

Leinwandhaus Gotthard Völkel
 Friedrich-Wilhelm-Straße 51
 Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Schmelz ist und bleibt billig
 Friedrich-Wilhelmstraße 25

Franz Rzehulka
 Kolonialwaren / Tabake
 Alleenstraße 48, Ecke Leuthenstraße

ImuhVogel
 Friedrich-Wilhelmstr. 66
 Scheffniger Straße 12

OHLAUER TOR

Kauf im
Fahrradhaus Ost
 Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, Reparaturen
 „Ost ist am billigsten“
 Klosterstraße 17
 Inh. A. Olschewski

O. Müller Lebensmittel Mühlenfabrikate
 Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße Meißnerprodukte

Genossen!
 kauft im

Schuhhaus Paul Bürkner
 Mauritiusplatz 2
 Schuhwaren - Reparaturwerkstatt - Schuhfärberei

Unterstützt Euren Genossen

Hermann Schölzel
 Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
 Klein-Yachanzsch Karl-Marx-Str. 33

Bäckerei Konditorei Bruno Guckel
 Margaretenstraße 15
 empfiehlt sich bestens.

Werbt Abonnenten

„Sika-Wäschehaus“
 Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße

M. Kricke
 Kolonialwaren - Weine - Tabake
 9% Löschstraße 17 9%

Das Entscheidungsstadium unserer Einheitsfrontarbeit

Von Walter Fabian.

Unser Wirken für die Bildung der proletarischen Einheitsfront ist so alt wie die Sozialistische Arbeiterpartei selbst vom ersten Tage unserer politischen Existenz an haben wir, nachdem die meisten von uns schon in ihrem früheren Wirkungskreis im gleichen Sinne tätig waren, den Gedanken der proletarischen Einheitsfront in den Vordergrund gerückt. Unermüdet haben wir diesen Gedanken vertreten und schrittweise verwirklicht und zugleich in unseren eigenen Reihen und in den Reihen des Proletariats überhaupt den geistigen Klärungsprozess weitergetrieben.

Unser Ruf nach der proletarischen Einheitsfront fand in den ersten Monaten nur einen schwachen Widerhall: Kommunistische Opposition, Syndikalisten, Anarchisten und andere organisatorisch weniger bedeutende Gruppen waren es im wesentlichen, die zu überparteilicher Zusammenarbeit, zur Schaffung von Abwehrkartellen oder Klassenverbänden bereit waren. Auch das war immerhin schon ein Erfolg unserer Arbeit, denn wir erreichten, daß wertvolle proletarische Kräfte aus oft langjähriger Isolation befreit und wieder in die Massenarbeit einbezogen wurden, wir schufen eine breitere Plattform für die Vertretung proletarischer Forderungen und sammelten Erfahrungen, die uns bei unserer weiteren Arbeit nützlich waren. Aber es mußte uns natürlich bald klar werden, daß im Verhältnis zur Größe der unmittelbar drohenden Gefahr und im Vergleich zu den Aufgaben, die der deutschen Arbeiterklasse jetzt gestellt sind, dieser erste Erfolg allzu bescheiden und sehr unzureichend war. Wir mußten schnell über dieses erste Stadium unserer Einheitsfrontarbeit hinauswachsen. Wir mußten an die Massen der KPD- und SPD-Arbeiter herankommen.

Nach der Seite der KPD war das leichter.

In unzähligen Orten, besonders dort, wo wir organisatorisch etwas bedeuteten, gelang es uns bereits vor etwa einem halben Jahre, die örtliche KPD-Führung zu vorbereitenden Aussprachen an einen gemeinsamen Tisch zu bringen oder an Stempelstellen, in Betrieben, in der Abwehr des faschistischen Terrors gemeinsame Aktionen auszulösen. Diese Anfänge wurden wieder zerstreut durch die Bürokratie der KPD, die von ihrer falschen Linie nicht herunterkommen konnte. Zunächst kapitulierten vielerorts selbst einsichtige KPD-Funktionäre vor diesen Anweisungen ihres Zentralkomitees. Aber nicht lange. Der richtige Wille der Massen setzte sich durch. Noch nicht zentral über das Reich, noch nicht in den ausschlaggebenden Großstädten, aber wenigstens lokal an einer täglich wachsenden Zahl von Stellen arbeiten die kommunistischen Organisationen ohne Vorbedingungen mit uns für die proletarische Einheitsfront. Die Linie ist ins Rollen gekommen, auch Thälmann wird sich nicht mehr aufhalten können. Das zweite Stadium unserer Einheitsfrontarbeit trägt jetzt Früchte.

Aber wir haben wahrlich keine Zeit, auch nur einen Moment auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Die größte Aufgabe ist noch zu bewältigen, sie muß in diesen Tagen gelöst werden: die Arbeiter der Eisernen Front müssen den Anschluß finden an die Front der ganzen Klasse. Dieses dritte Stadium unserer Einheitsfrontarbeit ist das schwerste. Die Führung der Eisernen Front widersetzt sich dieser Entwicklung, weil sie, von ihrem Standpunkt aus sehr richtig, erkennt, daß es hier für sie um alles geht: Bildung der proletarischen Klassenfront bedeutet Auslösung der Kämpfe, die man jetzt wie in allen den Jahren um jeden Preis vermeiden will, bedeutet das Ende der süßen Illusionen vom Bündnis mit dem „republikanischen“ Bürgertum, bedeutet den Zwang, sich eindeutig diesseits oder jenseits der Barrikaden zu stellen. Die Führung der Eisernen Front ist außerstande, die politische Linie, die mindestens seit dem 4. August 1914 eingehalten und nur immer konsequenter vertreten wurde, jetzt aufzugeben — und daher muß sie der schärfste Gegner der Herausbildung der proletarischen Klassenfront sein.

Die Mitglieder und Wähler der SPD sind die denkbar treuesten Anhänger der Partei-

Die richtige Antwort . . .

Arbeiterblock in Schneeberg

Der Arbeiterblock aller Arbeiterorganisationen von SAP, KPD, SPD, ADGB, die Wehrformationen, die Rentner- und Sportorganisationen usw. führten am Mittwochabend in „Stadt Leipzig“ eine gewaltige Kundgebung gegen die braune Mordwelle durch. Wenn nun endlich SPD und Reichsbanner den notwendigen Schritt getan haben, so ist dies nicht zuletzt auf die ehrliche und zähe Einheitsfrontarbeit der SAP und die letzten politischen Entscheidungen in Deutschland zurückzuführen.

Wie die Nazis in Pforzheim hausten



Unser demoliertes Portalbüro

führen, 900 Proletarier folgten voller Spannung den Ausführungen der Redner der drei proletarischen Parteien. Viele Besucher mußten wegen Mangel an Plätzen wieder nach Hause gehen. Es referierten von der SPD Gen. Oettel, SAP Gen. Gerber, KPD Gen. Schläfer. Sie führten in Uebereinstimmung aus, daß unter der von Hitler diktierten Regierung eine Terrorwahl gegeben ist, so daß, wenn es überhaupt noch zur Wahl kommt, das Wahlergebnis ein Terrorergebnis ist, weil tausende alter Proletarier nicht gewillt

disziplin; das hat uns noch zuletzt Ihre fast hundertprozentige Stimmabgabe für Hindenburg bewiesen. Um so bedeutsamer ist es, wenn jetzt diese sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre in Bewegung geraten.

Und sie sind in Bewegung!

Täglich mehrt sich die Zahl der Orte, in denen nun auch die sozialdemokratisch geführten Organisationen sich dem Ruf nach der Einheitsfront nicht mehr entziehen können, sondern mitarbeiten in den überparteilichen Ausschüssen und Kartellen. Und wo das geschieht, da atmen die sozialdemokratischen Arbeiter auf wie befreit von einem schweren Druck, da gewinnen sie neuen Kampfesmut und neue Begeisterung.

Die Führung der SPD hat alle Hände voll zu tun, diese Ausätze wieder zu zerschlagen. Der Parteivorstand veröffentlichte vor einigen Wochen ein Rundschreiben an die Bezirke, in dem den Arbeitern jede eigene Initiative, jede örtliche Einheitsfrontarbeit untersagt wurde; aber man konnte es schon nicht mehr wagen, diejenigen, die gegen dieses Verbot verstießen, mit dem Ausschluß zu bedrohen; dazu war die Bewegung doch schon zu stark geworden. Die Bezirksleitungen bemühen sich systematisch, die örtlichen Funktionäre unter den lächerlichsten Vorwänden wieder aus den Einheitsfrontausschüssen herauszubringen; oft gelingt es ihnen noch, aber es mehren sich die Fälle, in denen sozialdemokratische Funktionäre diesen Anweisungen nicht folgen. Auch hier ist die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten: wo heute die Einheitsfront noch einmal zerschlagen wird, da bildet sie sich morgen unter dem Eindruck eines Naziangriffs oder in irgendeiner anderen konkreten Situation aufs neue.

Mit Recht kann man sagen, daß das alles noch viel zu wenig ist, daß das alles viel zu langsam geht im Vergleich zur Größe der Gefahr. Leider ist das so. Aber man kann auch feststellen, daß es schon viel ist im Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Es ist ein ungeheurer Schritt vorwärts, daß

sich dem faschistischen Terror aussetzen. Die Klassenfront der Arbeiter ist aber der einzige Garant gegen Faschismus und Paparozime. Eine Welle der Empörung schlugapor, als die Redner über Art und Weise der in den letzten vier Wochen gemischelten Proletarier sprachen. Die letzten Verordnungen Papens tragen nur zu offensichtlich den Stempel des Münchner Braunhäuslers. Im ganzen Reich die Einheitsfront aufzubauen wie in Schneeberg, dann braucht die deutsche Arbeiterklasse um ihre Zukunft nicht zu bangen. Brüder, wir stehen geschlossen, auf Leben und Tod, wie ein Mann, wir stehen im Kampf als Genossen, das war der Eindruck, den jeder Versammlungsbesucher mit nach Hause genommen hat. —.

Gewaltige Kundgebung der Einheitsfront in Aue

Eine gemeinsame Kundgebung, die am Sonnabend, den 23. Juli, abends, im „Bürgergarten“ stattfand, war überfüllt, weit über 1000 Besucher anwesend. Als erster Redner sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Schneller, Berlin, von der KPD und als zweiter unser Genosse Otto Seidel aus Zwickau. Beide Redner sprachen im Sinne der Einheitsfront, zeigten klar und eindeutig den faschistischen Mordterror auf, der nicht mit der Tolerierung oder zusammen mit dem Bürgertum geschlagen werden kann, sondern nur durch die geeinte Arbeiterklasse. Der Genosse Schneller (KPD) betonte, daß der Arbeiterblock, wie ihn die SAP propagiere, nicht zusammenkommen dürfe, demgegenüber erklärte unser Genosse, der Arbeiterblock muß zusammenkommen, wenn der Faschismus vor der Machtgreifung geschlagen werden soll. Beide Redner fanden starken Beifall. Am Schlusse der Kundgebung wurde von den Anwesenden stehend das Gelöbnis abgegeben: Den Mordterror des Faschismus zu brechen und ein freies sozialistisches Deutschland aufzubauen.

sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter wieder zusammen in einer Versammlung sind, ohne sich gegenseitig mindestens gelöst zu verurteilen, daß die Funktionäre aller Arbeiterorganisationen mit Erfolg über gemeinsame Aktionen beraten und auch entgegen den Befehlen ihrer Instanzen diese Arbeit fortsetzen. Wer aus eigenem Erleben weiß, welche Mauer des Hasses in all den Jahren errichtet worden ist zwischen den Arbeiterparteien und wie blindlings bisher hüben und drüben die Parteidisziplin als höchstes Gebot galt, der wird die Bedeutung dieses Fortschritts ermessen können.

Hier müssen wir nun weiter arbeiten. Das Tempo muß beschleunigt, die Bewegung muß verbreitert und ausgedehnt werden. Aber noch mehr muß geschehen in der Aktion, an Hand der Tatsachen muß der geistige Auflockerungsprozess in der SPD, die geistige Lösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer bisherigen reformistischen Politik weitergetrieben werden. Das erreichen wir freilich nicht durch sinnloses Schimpfen auf die Bonzen, sondern nur durch die praktische Beweisführung, daß ihre Politik falsch ist, daß sie die Saboteure der Einheitsfront sind, daß ihre Losungen das Proletariat in neue Niederlagen hineinführen müssen. Die letzten Ereignisse in Preußen, die sicher zu erwartende schwächliche Haltung der SPD nach dem 31. Juli werden diese Entwicklung wesentlich fördern. Um so wichtiger ist es, daß wir alles tun, um auf der anderen Seite, bei der KPD, alle Fehler, alle unehrlichen Manöver zu vermeiden; jetzt kommt es darauf an, der sozialdemokratischen Führung jeden Vorwand zu nehmen und durch eine absolut ehrliche Haltung der KPD und SAP vor der ganzen Arbeiterklasse überzeugend zu erweisen, daß die Verhinderung der proletarischen Einheitsfront ausschließlich auf das Schuldkonto der Reformisten käme. Die Einheitsfrontarbeit ist damit in ihr entscheidendes Stadium getreten: sie muß zu dem Hebel werden, mit dem wir den Reformismus in der Arbeiterbewegung geistig und organisatorisch überwinden.

Vollständige Einheitsfront in Premnitz (Mark)

Alle Mißverständnisse und Gegensätze in der Einheitsfrontfrage sind überstanden. Die Arbeiterorganisationen am Ort haben nunmehr unter dem Druck der politischen Ereignisse eine feste Einheitsfront geschichtet. In einer von über 300 Menschen besuchten Versammlung referierte Genosse Meschkat für den in Aussicht genommenen aber verbündeten Genossen und stellte heraus, daß die Schaffung der Einheitsfront die Vorbedingung für die Abwehr aller faschistischen Pläne und für den Sieg des Sozialismus ist. Begeisterter Beifall durchbrauste den Saal. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der der Zusammenschluß noch einmal bekräftigt und das Gelöbnis abgegeben wird, den Bruderkampf einzustellen im Angesicht der drohenden Gefahr für die ganze Klasse. Die Organisationen der SAP, KPD, der freien Gewerkschaften und alle anderen Arbeitervereinigungen sind Unterzeichner dieser Resolution. Als gemeinsam die Internationale zum Schluß der Veranstaltung angesetzt wurde, da war den Premnitzer Arbeitern eine Last vom Hals genommen. Neue Kraft und neuer Mut sind gewachsen und werden fähig machen zum Kampf bis zum Siege.

Der Einheitsfront-Ausschuss, der gebildet wurde, weiß, daß er hinter sich hat die gesamte Arbeiterschaft von Premnitz.

Der Schutzbund marschiert

Seit seinem Bestehen ist ein dauerndes Anwachsen des Schutzbundes in Premnitz festzustellen. Tag um Tag reihen sich neue Mitkämpfer ein. Nicht nur Organisierte, sondern auch Parteilose haben den Ernst der Stunde voll und ganz begriffen. Alle haben erkannt, daß nur durch tatkräftiges Zusammenstehen die Einrichtungen der Arbeiterschaft geschützt werden können gegen Uebergriffe der Braunhemden.

Ein fester Wille beseelt alle Genossen, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Arbeiter am Ort sich eingereiht hat in die Front der proletarischen Kämpfer.

Genossen! Weiter so! Immer kampfbereit!

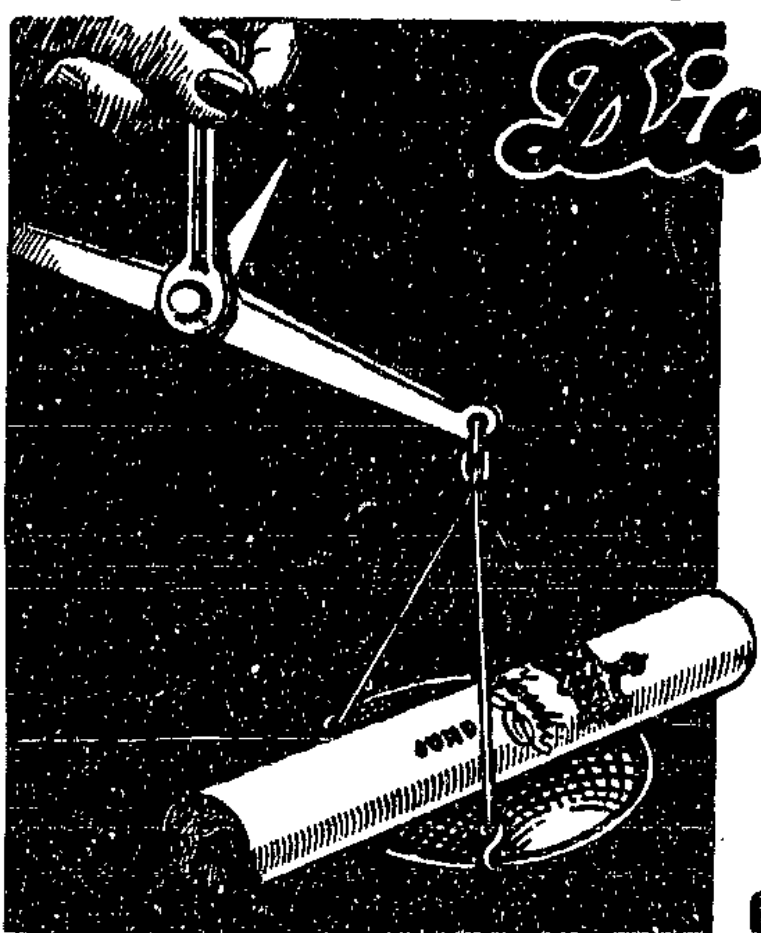
Im Blutrausch

Frau, Tochter und Pflegemutter erschlagen und sich selbst erhängt

Nimptsch, 26. Juli.

Dienstag früh gegen 2.30 Uhr wurde in Groß-Ellguth die Freiwillige Feuerwehr alarmiert, da bei dem Sattlermeister Wilhelm Lindner ein Brand ausgebrochen war. Weil von den Bewohnern des brennenden Hauses niemand zu finden war, wurde von der Feuerwehr die Tür zur Wohnung gewaltsam geöffnet und im Beisein des Oberlandjägers die Wohnung durchsucht. Den Eintretenden bot sich ein entsetzlicher Anblick. In der einen Stube fand man die Frau Johanna Lindner und ihre Tochter Frau Alborn im Bett liegend blutüberströmt tot auf. Im Nebenzimmer lag die 80 jährige Pflegemutter des Lindner, Frau Pauline Lindner, ebenfalls tot. Den Sattlermeister Lindner fand man nach langem Suchen auf dem Boden erhängt vor. Das Haus selbst war an etwa zehn Stellen angezündet worden. In sämtlichen Zimmern qualmte es. Auch die Betten waren zum Teil schon angezündet. Der Brand konnte bald gelöscht werden. Die furchtbare Bluttat dürfte von dem Sattlermeister in einer Art Blutrausch begangen worden sein. Am Bett der Frau lag der große Wolfshund, ebenfalls erschlagen. Ferner fand man einen Korb mit jungen Gänzen, die sämtlich getötet waren. Die Leichen wiesen furchtbare Heiß- und Stichwunden auf, der Pflegemutter war mit einer Axt der Schädel gespalten worden. Das Motiv der Tat ist noch nicht einwandfrei geklärt, doch dürften eheleiche Zerwürfnisse den Mörder zu seiner grauenhaften Tat veranlaßt haben. Die Tochter, Frau Alborn, war erst seit Pfingsten mit einem Reichwehrgenossen verheiratet und befand sich zufällig zu Hause.

Wählt Liste 17



Die Leistung gibt den Ausschlag

für die Beliebtheit der Juno!

Nur was in ihr steckt,

die Frische ihrer köstlichen Tabake und ihr volles Format, schätzen die Kenner!

Weil den Packungen der

JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine oder Stickerereien beigegeben sind, gewährleisten wir

die beste Qualität jeder Juno Cigarette!



Fast vier Millionen ohne Unterstützung

Der Schwindel der offiziellen Arbeitslosenstatistik
Über acht Millionen Vollarbeitslose in Deutschland

(Von Erkun-Berlin)

Wir entnehmen den folgenden Aufsatz des Inprekorr:

Die amtliche deutsche Arbeitslosenstatistik gibt sich den Anschein, umfassend und zuverlässig zu sein durch die regelmäßige Veröffentlichung einer „Gesamtzahl der Arbeitslosen“.

Wir wollen aus den amtlichen Ziffern selbst beweisen, daß diese Zahl von der wirklichen Gesamtzahl der Arbeitslosen sehr weit entfernt ist!

Selbst die bürgerliche Presse hat bereits bemerkt, daß die amtliche Arbeitslosenziffer viel zu niedrig sein muß. So schrieb u. a. das Schlarfacherblatt der westlichen Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, am 25. Mai 1932, daß von Ende März 1930 bis Ende März 1932 die Zahl der Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik um 4,3 Millionen abgenommen, die Gesamtzahl der Arbeitslosen jedoch in der gleichen Zeit um 2,9 Millionen zugenommen habe. Nach ihren Ergänzungen, sagt die Zeitung, „müßte die Zahl der Arbeitslosen heute zumindest 7–8 Millionen betragen“. Für Ende Mai waren 5,6 Millionen als „Gesamtzahl der Arbeitslosen“ ausgewiesen.

In Wahrheit ist die Sache bedeutend schlimmer, denn bereits im März 1930 waren eine ganze Masse von Arbeitslosen aus der Statistik verschwunden.

Das Institut für Konjunkturforschung antwortete im Wochenbericht vom 8. Juni 1932 u. a., daß von Ende 1929 bis zum 1. Quartal 1932 der Abgang an Arbeitskräften durch Tod und Ueberalterung um fast 0,2 Millionen größer gewesen sei als der Zugang aus den schwach besetzten Geburtsjahrgängen der Kriegszeit. Aber das Institut gibt zu, daß eine wahrscheinlich nicht unbedeutliche Zahl von Arbeitslosen sich gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden, weil sie weder Unterstützung noch Arbeit durch sie bekommen.

Es fehlen also Angaben über 4 673 000 Personen.

Davon sind nach dem Reichsarbeitsblatt Nr. 19:

Arbeitsfähige, Kranke und Wächnerinnen	3 367 35
Notstandsarbeiter in Versicherung und Krise	67 105
Freiwillige Arbeitsdienstler	53 300
zusammen 4 573 140	

Ferner findet man einen Teil in der sehr interessanten Statistik, die „Der Deutsche“, das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, vom 2. Juli 1932 über die Obdachlosen veröffentlicht. Danach übernachteten allnächtlich in den deutschen Asylen, Her-

bergen, Scheunen und Bahnhöfen 429 000 Personen, die „außerhalb der registrierten Arbeitslosenarme“ ohne jede Unterstützung auf den Landstraßen Deutschlands vegetieren!

Die Masse von Arbeitskräften, für die gar keine Angaben zu finden sind, verringert sich also um 457 000 plus 429 000 Personen und beträgt damit „nur“ noch 3 787 000!

Will man im Ernst behaupten, daß es heute 3,8 Millionen Hausierhändler mehr gibt als im Juni 1929?

Oder sind sie ausgewandert? Oder sind sie inzwischen zu Kapitalisten geworden?

Nein — der Großteil dieser 3,8 Millionen gehört in die Riesennarmer der Arbeitslosen, die der Kapitalismus auf die Straße geworfen hat und denen jede Unterstützung geraubt ist.

Rabbi und Mönch

KPD und SPD gegen rote Einheitsfront

Die gesamte SPD-Presse bringt Auszüge aus einem Rundschreiben der KPD-Zentrale vom 14. Juli 1932 und führt diese als untrüglichen Beweis dafür an, daß das Haupthindernis für die Errichtung der Einheitsfront ausschließlich bei den Kommunisten liege. An sich enthält das kommunistische Rundschreiben nichts Neues. Die ablehnende Haltung der KPD zur Einheitsfront ist hinreichend bekannt und soweit das Schreiben Interesse beansprucht, so darum, weil auch am 14. Juli die KPD-Zentrale noch keine Verantwortung gefunden hat, ihren verhängnisvollen Kurs in dieser Hinsicht zu korrigieren. Das ergibt sich besonders deutlich aus den folgenden Stellen:

„In der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee festgelegten Linie unserer Einheitsfrontpolitik sind in der letzten Zeit zum Teil unverzeihliche Fehler eingetreten, die die größte Wachsamkeit der Partei erfordern, weil sie in keiner Weise den gefaßten Beschlüssen unserer Partei entsprechen.“

„Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen, für eine Einheit um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw., müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten.“

In Konsequenz hiervon wird dann angeordnet, daß keinerlei örtliche Verhandlungen mit anderen Organisationen stattfinden dürfen und daß Vereinbarungen zu unterlassen sind, es sei denn, daß sich die anderen Organisationen der Führung der KPD unterwerfen.

Und auch am 14. Juli noch reitet die KPD-Zentrale den alten Gaul vom Sozialfaschismus:

„Die SPD ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Unsere strategische Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, den Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse gegen die SPD zu richten.“

Wie oft und wie lange will die KPD diese revolutionäre Weisheit noch verkünden? Man sollte meinen, daß die mit dieser Politik bisher gemachten Erfahrungen schrecken müßten. In keinem Zeitpunkt war die KPD einflußloser wie heute, nie war ihr politischer Bankrott so offenkundig wie in diesen Tagen. Aber es ist unerhörtestes De-

magogie, wenn die SPD mit dem kommunistischen Rundschreiben den Eindruck zu erwecken versucht, als scheitere die überall verlangte proletarische Einheitsfront nur an der KPD und als wäre ihre eigene Politik besser auf eine Förderung der Einheitsfront gerichtet. Das hundertprozentige Gegenteil ist der Fall. Wir sind in der Lage, uns zum Beweise auf eine Rede zu berufen, die Hilferding am 4. Mai 1932, also kurz nach der Hindenburgwahl, vor dem Parteiausschuß gehalten hat.

In dieser Rede sprach Hilferding von zwei Generalangriffen, vor der die SPD stehe.

„Der eine wird sein das Spiel der Kommunisten mit der Einheitsfront. Hier werden wir uns nur zu hüten haben davor, daß von unseren eigenen Genossen etwa dafür Stimmung gemacht wird. Praktisch werden sich die Reihen des Proletariats dann, wenn noch schwierigere Situationen kommen sollten, doch fester zusammenschließen müssen.“ aber die Führung in solcher Lage müssen wir behalten und deshalb dürfen wir den Kommunisten keine Konzessionen machen. Gerade angesichts der Zersetzung im kommunistischen Lager dürfen wir nicht aus irgendwelchen Strömungen heraus Annäherungsversuche unternehmen.“

Das ist haargenau dasselbe, was jetzt die SPD der KPD als ein Verbrechen unterlegt, nur wiegt es bei der SPD noch um so schwerer, weil gerade deren Politik erst den Papen und Schleicher den Weg zu ihrer Diktatur bereitet hat und weil die SPD noch ungleich besser als die KPD wissen mußte, wie bedenklich es um ihre Machtpositionen bestellt war. Der Streit zwischen KPD und SPD über die Frage, wer von ihnen der Herstellung der proletarischen Einheitsfront mehr Hemmnisse bereite, ist also ein Streit zwischen Rabbi und Mönch. Beider Konto ist gleichermaßen schuldbehaftet. Es gibt nur eine Partei, die die Einheitsfront ehrlich und aufrichtig will, das ist die SAP. Für sie muß darum jeder Arbeiter eintreten, der das Verlangen hat, daß nicht länger mit den Interessen der Arbeiterklasse Schändler getrieben wird.

Demonstriert alle für die Einheitsfront, indem ihr überall dafür werbt, daß am 31. Juli die Stimmen abgegeben werden für die Kandidaten der SAP.

Für die Liste 17

Eine Entscheidung gegen Konsumgenossenschaften

Das Sächsische Obergericht hat kürzlich eine Entscheidung getroffen, die trotz der besonderen sächsischen Verhältnisse, die sie betrifft, von prinzipieller Bedeutung ist.

Ein größerer Konsumverein hatte sich mit einer Anzahl örtlicher Konsumvereine verschmolzen und deren Verkaufsstellen übernommen. Er wurde deswegen nach dem sächsischen Sondergesetz zur sogenannten Wanderlagersteuer herangezogen. Er bestritt aber die Steuerpflicht. Das Sächsische Obergericht bejahte jedoch diese Steuerpflicht. Unter Gewerbebetrieb sei wie auf anderen steuerrechtlichen Gebieten auch auf dem Gebiete der Wanderlagersteuer jede fortgesetzte auf Gewinnerzielung gerichtete selbständige Tätigkeit zu verstehen. Der Konsumverein betreibt eine solche Tätigkeit. Es sei ohne Einfluß, daß der größte Teil des von ihm erzielten Gewinnes auf die Genossen übergehe. Wenn auch die Konsumvereine zur Förderung der eigenen Wirtschaft ihrer Mitglieder ins Leben gerufen worden seien, so könnten sie doch diesen Zweck nur auf dem Wege erreichen, daß sie,

wie jeder Kaufmann, Handelsgeschäfte betreiben. Der Konsumverein sei ein selbständiges Wirtschaftssubjekt, das im eigenen Namen, nicht im Namen der Mitglieder, handle; dadurch unterscheidet sich sein Geschäftsbetrieb von dem gemeinsamen Bezug durch mehrere Personen, denn der gemeinsamen Anschaffung fehle das Merkmal der Warenanschaffung zum Zwecke der Weiterveräußerung. Daß der Konsum ein beschränkter Abnehmerkreis gebunden sei, ändere nichts daran, daß die Waren von der Genossenschaft an die Mitglieder „verkauft“ würden.

Weiter beschränkte Devisenabgabe

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat August 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen nur bis zur Höhe von 50% in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverbindlichkeiten werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten und die Ausnutzung des Stillhalteabkommens verwiesen.

Die SAP im Wahlkampf

(Sonderbericht der SAZ)

Dresden, 25. Juli

Im Bezirk Ostachsen führt die Sozialistische Arbeiterpartei eine beträchtliche Zahl von Wahlversammlungen durch. So finden z. B. allein in Groß-Dresden zwölf öffentliche Versammlungen unserer Partei neben einer Reihe öffentlicher Diskussionsabende statt. In zwei stark besuchten Kundgebungen, die an einem Abend in zwei großen Sälen Dresdens veranstaltet wurden, sprachen unter stürkstem Beifall die Genossen Seydewitz und Pabian. Das Arbeitsgebiet Pina veranstaltet etwa 30 öffentliche Versammlungen. Die anderen Arbeitsgebiete des Unterbezirks Dresden und der Unterbezirk Lausitz stehen dahinter nicht zurück. So werden allein in der letzten Woche noch rund 50 öffentliche Versammlungen durchgeführt werden. Zum großen Teil handelt es sich um Orte, in denen überhaupt noch keine Versammlung unserer Partei stattfand.

Die bisherigen Versammlungen waren mit wenigen Ausnahmen gut, zum Teil sehr gut besucht. In vielen Orten wiesen unsere Versammlungen einen wesentlich stärkeren Besuch auf als die letzten Versammlungen der Eisernen Front und der Nazis. Ueberall erschienen in großer Zahl Kommunisten, Sozialdemokraten und politisch unorganisierte Arbeiter. Einhellig ist überall die Zustimmung zu unseren politischen Parolen. Diskussionen verlaufen sachlich und kameradschaftlich.

Neben der Versammlungstätigkeit steht eine intensive Agitation mit Flugblättern, Handzetteln, Klebezetteln und Plakaten, die wir dank der Opferbereitschaft von Mitgliedern und Sympathisierenden aus eigener Kraft herausbringen konnten. Die von uns herausgegebene Wahlbroschüre „Der proletarische Weg aus der Krise“ wird in unserem Bezirk in 10 000 Exemplaren abgesetzt.

Wir können nicht voraussagen, ob das zahlenmäßige Ergebnis des Wahltages unseren Anstrengungen entsprechen wird. Aber das eine wissen wir bestimmt: unsere Aufklärungsarbeit wird ihre Früchte tragen für die SAP und für die Erneuerung der Arbeiterbewegung.

Künstlerblock Berlin im Abwehrkampf

Eine gut besetzte Versammlung des „Schutzbundes Künstlerkolonie“, einer Organisation von Künstlern und Intellektuellen der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz in Berlin, der mehr als 200 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose angehören, erhob einmütig Protest gegen die Sabotageversuche der bereits bestehenden Einheitsfront durch den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär von Waldheim, der auf die Sprengung des zu drei Vierteln aus Parteilosen bestehenden Schutzbundes hingearbeitet hat. Der Schauspieler Gärtner, einer der aktivsten Mitglieder der Wilmersdorfer SPD, wohl bekannt durch seine uernmüdhche Tätigkeit für die Bühnengenossenschaft, vollzog mit einem nachdrücklichen Protest seinen Austritt aus der SPD, die ihn durch ihren Wilmersdorfer Kreisvorstand zwingen wollte, seine Mitarbeit im „Schutzverband Künstlerkolonie“ aufzugeben. „Ihr werft uns“, so heißt es in einem Brief, den Gärtner an den Abteilungsvorstand v. Waldheim richtete, „den einfachen Mitgliedern der SPD heute vor, wir lassen uns von den Kommunisten mißbrauchen“. Wir werfen Euch, die Ihr die Führung sein wollt, dagegen vor, Ihr laßt Euch dauernd von den Feinden der Arbeiterklasse mißbrauchen. Die Sozialdemokratische Partei, d. h. ihre maßgebenden Funktionäre, müßten wenigstens heute wissen, daß ihre vielgepreisene Weimarer Verfassung nichts mehr ist als ein wertloser Fetzen Papier, den die reaktionären Mächte aller Schattierungen nur noch dazu benutzen, die Arbeiterschaft und die übrigen ausgebeuteten Volksmassen restlos auszuplündern und politisch vollkommen zu unterdrücken und rechtlos zu machen. Die geistige und politische Führung der Partei müßte aus den Erfahrungen seit 1918 gelernt haben. Sie müßte ihre verwässerten Theorien von bürgerlicher Demokratie endgültig aufgeben und erkennen, daß nur ein revolutionäres marxistisches Handeln die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Knechtschaft des Kapitalismus bringen kann. . . . Meine dargelegten Gründe, meine hier geschilderten Erkenntnisse und abgegebenen Erklärungen zwingen mich, mit dem heutigen Tage aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuscheiden.“

In der Versammlung, die von dem Parteilosen Dr. Wolfrad geleitet wurde, sprachen die gleichfalls Parteilosen Axel Eggebrecht und Reis und der Kommunist Dr. Alfred Kantorowicz. H. W.

Unzeitgemäße Methoden

Ein Leser aus Zwickau schreibt uns: Das sächsische Volksblatt in Zwickau hatte sachlichen Kampf gegen die SAP versprochen. Und die Einlösung? Hier das Beispiel einer einzigen Nummer, der Nummer vom 27.6.32. Unter der Ueberschrift: „Maxe schließt aus“ finden wir folgende Bemerkungen:

„Ausschlußgillotine“, „Sektiererjübchen“, „Familienverein“, „MS-Musterkabinet politischer Querulanten“, „streichende Sapperebrüder“, „heiligste Gefühle diverser Sapperhauptlinge, d. h. Mandat“, „Konjunkturpolitiker“, „vom ewigen Parteigründungs- und Spaltungsfieber Besessenen“ usw. In der gleichen Nummer heißt es in dem Bericht vom Bezirksparteitag der SPD u. a.: „Er (Seydewitz) geht in die Rolle des nationalstischen Anwalts“, „gliedern sich der nationalistischen Einheitsfront an“, „sich also offenkundig den Nationalsozialisten zur Seite stellen“ u. s. f.

Wir betonen nochmals: Dies alles war zu finden in einer einzigen Nummer des „SV“! Neidlos anerkennen wir, daß wir da nicht mitkönnen.

Jede Stimme für Liste 17

ist eine Demonstration für den Arbeiterblock

ein Bekenntnis zur Einheitsfront

eine Warnung an die verblendeten Saboteure der Einheitsfront hüben und drüben

eine Förderung des einheitlichen außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterklasse.

Ferner wird gesagt, daß viele „sich sonst ihr Brot zu verdienen“ suchen, z. B. „durch Hausierhandel“.

Bei der Aufklärung der wirklichen Arbeitslosenzahl kann man nur ausgehen von der Höchstzahl der Beschäftigten vor der Krise. Für sie gibt es folgende Anhaltspunkte: 1926 gab es 23 246 000 und 1928 sogar 23 886 000 Lohnsteuerverpflichtige.

Für Juni 1929 weist das Statistische Reichsbuch als bisherige Höchstziffer der Beschäftigten nach dem Mitgliederbestand der reichsgesetzlichen Krankenkassen 20,8 Millionen aus. In dieser Ziffer sind nicht enthalten: die arbeitsunfähigen Kranken, Wächnerinnen (0,5 Millionen) und die Hauptunterstützungsempfänger in Versicherung und Krise, welche von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versichert waren (1,8 Millionen), so daß die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte also weit über 22,3 Millionen gelegen haben muß, da die zeitweilig aus irgendwelchen Gründen nicht Versicherten und die damals nicht erfaßten Arbeitslosen fehlen.

Heute muß die Zahl viel höher liegen, da selbst ein Abgang von 0,2 durch Tod und Ueberalterung um ein Vielfaches ausgeglichen wird durch den Proletarisierungsprozeß. In den Mittelschichten sind große Massen zur „Arbeitslosigkeit“ gezwungen, aber auch in den Arbeiterfamilien haben Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnruck die sogenannte Arbeitswilligkeit verstärkt, besonders unter den Frauen.

In keinem Fall kann die verfügbare Masse an Arbeitskräften heute unter 23 Millionen liegen.

Und was weist die Statistik nach dem Stande vom Ende Mai 1932 aus?

1. 12 744 000 Beschäftigte nach der Krankenkassenstatistik. Das sind die gegen Krankheit Pflichtversicherten und die nicht versicherungspflichtigen Angestellten in der Arbeitslosenversicherung, aber ausschließlich der arbeitsunfähigen Kranken und Wächnerinnen und ausschließlich der vom Arbeitsamt gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung und der Krise und ausschließlich der freiwilligen Arbeitsdienstler. (Reichsarbeitsblatt 1932, 2019.)

2. 5 582 620 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern, davon 1 078 364 Versicherung, 1 581 678 Krise, 2 090 982 Wohlfahrt, 833 595 nicht Unterstürzte. Beschäftigte und ausgeschiedene Arbeitslose zusammen sind 18 326 620.